

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 42.

Leipzig, den 17. Oktober.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12 $\frac{1}{2}$ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren G. Hofmann, Brühl 40, G. Richter, Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein, Universitätsstraße, und die Expedition d. Blattes in der Wohnung des Herrn A. Bebel, Petersstraße 18. Für Dresden Filial-Expedition F. W. Grelmann, Ballstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London.

Die geehrten hiesigen und auswärtigen Abonnenten ersuchen wir dringend, falls das Blatt bis Sonnabend Abend nicht in ihren Händen ist, uns gefälligst brieflich (unfrankirt) oder mündlich sofort Nachricht zu geben.

Expedition des Demokr. Wochenblatts.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Sozial-demokratische Republik. — Stieberisches. — Offenes Antwortschreiben an die Frau Gräfin von Sapsfeldt. — Weiße Sklaven. — Beilage: Der „allgemeine deutsche Arbeiterkongress“ zu Berlin. — Ein Hannoveraner.

Politische Uebersicht.

Ein belgisches Blatt, die „Independance Belge“ macht auf die Aehnlichkeit des ersten Stadiums der spanischen Revolution mit dem der französischen Februarrevolution aufmerksam: Leichter Sieg des Volks, Verbrüderung der Truppen und der Bürger, allgemeine Eintracht, scheinbare Begeisterung der reaktionären Elemente für die neue Ordnung der Dinge. — Was aus der Februarrevolution geworden ist, wissen wir. Während des Vertrauensschwinds rüsteten sich die Gegner der Freiheit, der Bürgerkrieg entbrannte, und aus der Drachensaat sproß das Dezemberkaisertum empor. Möge das spanische Volk die Lehre beherzigen. Bis jetzt ist es noch Herr der Situation. Es hat die Regierung — eine Diktatur besteht nicht — zur Aufhebung des Jesuitenordens und zur Beschlagnahme des ihm gehörigen Eigentums genötigt. In Madrid werden öffentliche Lehrstühle errichtet, um die Bürger durch populäre Vorträge über politische und religiöse Fragen aufzuklären, und die republikanischen Ideen greifen immer mehr um sich. In Katalonien ist folgendes Manifest erschienen:

1) Auflösung des stehenden Heeres, Volksbewaffnung nach dem Muster der Volksmiliz in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten Amerika's. 2) Allgemeines direktes Stimmrecht, unmittelbare Ernennung der Municipal-Beamten, sowie der Generalstände (Provinzial-Deputationen) und einer National-Versammlung, welche nach dem Willen des Volkes die Prinzipien der Revolution, d. h. das republikanische Prinzip mit föderalen Formen verwirklicht, mit denen übereinstimmend, deren Eigenthümlichkeit die Geschichte und der Charakter der Provinzen nachweist. 3) Trennung der Kirche vom Staate; jeder Spanier kann frei den Kultus ausüben, welcher ihm als der beste erscheint. Damit endlich die ehrgeizigen Generale nicht zum Schutze des Throns und zur Verwirklichung ihrer Palast-Intriguen diese Revolution vereiteln, ist die Proklamirung der föderalen Republik notwendig, welche die einzige Regierungsform ist, vermittelst deren die Volkssouveränität eine Wahrheit sein kann, diejenige Souveränität, welche sämtliche Völker Europa's neu zu kräftigen bestimmt ist, indem sie dieselben durch die brüderlichen Bande der Föderation vereinigt.

Das Manifest schließt also: Zu den Waffen, Spanier, um nachfolgendes Programm zu verteidigen!

„Föderale Republik. Espartero, Präsident des durch die Cortes ernannten Ministerraths, aber nur provisorisch gewählt, in der Erwartung, daß der Kongress sich versammle. Allgemeines Stimmrecht. Individuelle Rechte. Völlige Neutralität im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Preußen oder einer andern Macht. Vollständiger und sofort gewährter Urlaub für alle Soldaten. Unverzügliche Wiederherstellung des Gesetzes über die Dezentralisation vom 3. Februar 1823. Es lebe die föderale Republik!“

Espartero ist leider ein Schwächling; er war es in seiner Jugend, und ist nun ein 70-jähriger Greis!

Einer der Führer der republikanischen Partei, General Orense, hat eine republikanische Proklamation erlassen, in der er ebenfalls die föderative Republik fordert. Es heißt darin:

„Nieder mit dem Königthum, denn jeder König würde mehr oder weniger gegen die Freiheit conspiriren! Weder den Franzosen Montpensier, noch den Portugiesen Dom Fernando, noch irgend eines der deutschen Fürsten mit denen man uns beschenken möchte. In Italien hat Victor Emanuel seine Krone in Kämpfen errungen und alle Unterdrückten beschützt; er endete aber doch damit, daß er der Undankbare von Aspromonte wurde. Ein König mit demokratischen Institutionen würde zur Wiederholung der französischen Pöffen von 1830 und 1848 führen. Spanien kann nur eine Föderativ-Republik sein.“

Das ist ganz gut; aber die Jesuiten wurden schon einmal verjagt — 1767, also fast genau vor 100 Jahren, — und dennoch lehrten sie zurück und richteten namenloses Unheil an — und an der Spitze der Regierung befinden sich zwei ehrgeizige Generale, Serrano und Prim, von denen der eine seine eigennützigen Absichten hinter liberalen Phrasen verbirgt, der andre — Prim — sich in einem Brief an den Prinzen Plonplon, Napoleons Better, für die konstitutionelle Monarchie ausgesprochen und versichert hat, Spanien, d. h. Prim, werde keinen König wählen, der nicht Frankreich genehm sei. So viel läßt sich schon voraussehen, wenn der Kampf losbricht, wird er hauptsächlich zwischen den Republikanern einer- und den Agenten Bonaparte's auf der andren Seite geführt werden. Jedenfalls hat kein Thronkandidat Aussichten, der nicht von Frankreich unterstützt wird, und darum können wir über die aufgestellten Candidaturen eines englischen und eines italienischen Prinzen ebenso gut hinweggehen, wie über die des Herzogs von Montpensier.

Die Nachricht von der Entwaffnung der Arbeiter hat sich

zum Glück nicht bestätigt. Den Anlaß dazu lieferte ein Dekret der provisorischen Regierung, das Jeden, der Armenunterstützung annehme, zur Rückgabe der Waffen aufforderte. Um im Besitz der Waffen zu bleiben, haben nur wenige Arbeiter Unterstützung beansprucht. Hauptsächlich wird die Aufhebung des schmachvollen Dekrets erzwungen.

Die Finanzgerüttung bietet den Republikanern treffliche Waffen. Sie berechnen, daß Spanien durch die Abschaffung der Monarchie fünftehalb Millionen Thaler für die Civilliste und durch Einführung der Volkswehr mindestens 10 Millionen Thaler ersparen würde. Solche Zahlen sind beredt, und wie Graf Bismarck die Freiheit als einen „Luxus“ betrachtet, „den sich ein in der Entwicklung begriffener Staat nicht erlauben dürfe“, so findet das spanische Volk vielleicht, daß die Monarchie ein Luxus ist, den seine Mittel ihm nicht erlauben.

Die Wahlen zu den konstituierenden Cortez (der Nationalversammlung) haben noch nicht stattgefunden. Es heißt, sie seien erst auf Mitte November anberaumt — allerdings ein auffallend später Termin. Bis das Resultat dieser Wahlen vorliegt, werden die verschiedenen Parteien aller Wahrscheinlichkeit nach sich noch friedlich vertragen. Aber dann tritt die Krise ein, deren Ende nicht abzusehen.

Die „Frankfurter Zeitung“ giebt nach französischen und englischen Blättern folgende Uebersicht der Ereignisse, welche den Sturz der Königin Isabella unmittelbar herbeiführten: „Das Bourbonische Königthum war in Spanien längst vermodert; es bedurfte nur eines Windzuges, und es zerfiel von selbst. Königin Isabella war schon beim ersten Ausbruch so weit gekommen, daß sie keinen anderen Bertheidiger mehr fand, als einen General der den Aufständischen näher stand als den Anhängern der Krone. Der Belagerungszustand ward über ganz Spanien verhängt, aber niemand kümmerte sich darum; selbst in Madrid sammelte sich das Volk ungehindert auf den Straßen, und die Truppen sahen schweigend zu; die Behörden hatten weder Lust noch Muth einzuschreiten. Der Aufstand machte sich von selbst. Prim hatte sich von London aus mit den nach den Canarischen Inseln verbannten Generalen in Verbindung gesetzt; am 6. September segelte ein Schiff von London, am 8. ein anderes von Cadix ab, um die deportirten Generale Serrano, Dulce, Bedoya und Caballero de Rodas abzuholen. Prim selbst kam auf einem englischen Postschiff, in Verkleidung, am 18. September nach Gibraltar. Tags darauf erschien er vor Cadix, wo der Aufstand früher als verabredet ausgebrochen war. Die Generale auf den Canarischen Inseln hatten sich nicht rechtzeitig einschiffen können; Admiral Topete aber, der verdächtig geworden und von Haft bedroht war, hatte sich genöthigt gesehen vor der Zeit loszuschlagen. Am 18. Mittags erhob sich die Mannschaft von vier Fregatten; sie stellten sich vor Cadix auf, die Seeleute riefen: Es lebe die Freiheit! und alle anderen Schiffe im Hafen gingen zu ihnen über. Von den Ufern herüber, unter dem Donner der Schiffskanonen, antworteten die Volksmassen: Es lebe die Freiheit! Der Admiral forderte den Befehlshaber der Stadt zur Uebergabe auf; er wies es zurück; aber am 19. Morgens vier Uhr empörte sich die Besatzung und öffnete Prim und Topete die Thore von Cadix. Um zehn Uhr kamen die verbannten Generale auf der Rhede an; am Abend brachte ihnen das Schiff Vulcan, daselbe, das sie in die Verbannung geführt, die Nachricht von den Vorfällen des vorigen Tages. Sie landeten bei Faddelschein, vom Volk jubelnd begrüßt. Am Morgen darauf, am 20., erhielten sie die Nachricht von dem gelungenen Aufstande des Generals Izquierdo zu Sevilla. Darauf segelte Prim mit der Flotte nach Ceuta,

Algeiras, Malaga, Cartagena, Barcelona; Serrano übernahm den Befehl der Truppen, Caballero de Rodas den des Martrabs. Serrano hätte den Marquis von Rovaliches (General Pavia) angreifen können, bevor er noch Verstärkung an sich gezogen; er wollte aber nicht der Angreifer sein. Als 4000 Mann des Generals Pavia auf 16,000 angewachsen waren, wagte er die Schlacht bei der Brücke von Alcolea, und verlor sie, und mit ihr das Leben (?) Serrano's erste Arbeit war nun, die geschlagenen Truppen mit den seinigen zu verschmelzen; dies gelang ihm ohne große Mühe, es verzögerte aber seinen Marsch auf Madrid. In der Hauptstadt bedurfte es aber keines Kampfes. Es war, als hätte eine stillschweigende Uebereinstimmung bestanden, das Geschick des Aufstandes in den Provinzen abzuwarten. Kaum treffen die Berichte von Alcolea ein, so wird Marschall Concha von ein paar Privatleuten aufgefordert, sich zu erklären; er thut es sogleich mit bestem Humor, versichert, daß er bereits der Königin seine Dankung eingeschickt habe, und daß sonach gar keine Regierung mehr bestehe. Das Volk durchzieht die Straßen, Truppen bleiben in den Kasernen, fraternisiren aber durch Fenster mit dem Volk; Concha übergibt den Oberbefehl der Stadt dem General Ros de Olano. Das Volk jubelt, beobachtet aber die größte Ruhe und Ordnung, mit der einzigen Ausnahme, daß es alles abreißt und auslöscht, was an das Königthum erinnert. Damit war die Revolution am Ziele angelangt.“

In Frankreich verfolgt man mit tiefstem Interesse revolutionäre Entwicklung im Nachbarland, gefährliche Entwicklungen werden wahrgenommen, gefährliche Wünsche regt. — —

Man sagt, der französische Kaiser beschäftige sich ernstlich mit seinem Entwaffnungsproject. Der europäische Congreß solle berufen werden, der die Entwaffnungsfrage zu regeln habe. Und wenn nun der Congreß nicht zu Stande käme? Und wenn nun Preußen, wie die „Kölnische Zeitung“ bereits amts-eifrig in Aussicht stellt, erklärt, daß seine Militärorganisation keine Entwaffnung im ausgedehnten Maaße erlaube? Und Preußen müsse es erklären, denn, zwar nicht seine Armeorganisation, aber seine Annegionspolitik zwingt es zur Aufstellung eines kolossal stehenden Heeres — was dann? Was? Bonaparte hätte die besten Kriegsgründe, den je ein Monarch gehabt: „Ihr könntet er zu seinen Franzosen sagen, ich war aufrichtig müht, euch von der Pest des Militarismus, dieser Wurzel vieler Uebel, zu erlösen, aber man hat mich daran gehindert. Der Nachbar drüben will sein Heer auf den Beinen halten, das eine ständige Drohung ist. Entwaffnen wir nicht, gehen wir dem inneren Ruin entgegen, entwaffnen wir, überliefern wir uns der Gnade des Nachbarn. Aus diesem Dilemma gibt es nur einen Ausweg: einen Krieg zur Ermöglichung einer allgemeinen Entwaffnung, einen Krieg gegen den Militarismus, einen Krieg für den Frieden.“

Vor kurzem wurde Herr Lagueronniere, eine Creatur Kaiser's als Gesandter nach Brüssel geschickt, wie man glaubt mit der Mission, für den Fall eines Krieges, die Allianz Belgiens mit Frankreich zu fordern und im Weigerungsfalle Annegion anzudrohen. Der neue Gesandte wurde sehr vornehm vorkommend, von dem König empfangen, der u. A. zu ihm sagte: „Das innige Einvernehmen zwischen Belgien und Frankreich ist eine Bürgschaft des Friedens.“ Diese Worte hat der „Moniteur“ verschwiegen, was den Pariser und auch andern Leuten mancherlei zu denken giebt.

Die preussische Kammer soll, wie es neuerdings heißt, am 4. Nov. zusammentreten. Graf Bismarck, dessen Rück-

kehr nach Berlin vor Kurzem gemeldet ward, bleibt krank in Paris, und Hr. van der Heydt hat allein zu sehen, wie er mit dem Deficit von 6—7 Millionen fertig wird. Inzwischen brüllt Professor Leo von Halle, der schon vor 20 Jahren einen „frischen fröhlichen Krieg“ zur Ausrottung „des skrofulösen Gefindels“ predigte, nach einem „großen Krieg“, durch den allein man sich der Annekturen versichern könne. Blut sei der edle Saft, der die Völker binde. Die Raben, welche den Kaffhäuser umschwärmen, müßten durch gewaltige Leichenfelder weggelockt werden, sonst könne das deutsche Kaiserthum nicht ersehen. — Derartiger Blödsinn ist jetzt in Preußen Mode. So schrieb jüngst ein Berliner Gymnasiallehrer Namen Laffon ein Schulprogramm, in dem er den Krieg als Kulturmittel anpries!

Die Bourgeoisie, die in Hannover, wie anderwärts, weiland eifrig für den engsten Anschluß an den Großstaat Preußen wirkte, weil sie sich davon große „materielle Vortheile“ versprach, scheint in der Annexion denn allmählig doch ein Haar gefunden zu haben. Die hannoversche Handelskammer, hauptsächlich aus nationalliberalen Elementen bestehend, jammert in ihrem diesjährigen Bericht über „die vermehrten und ungleich vertheilten directen Steuern“ über „unzweckmäßige Neuerungen im Eisenbahnbetriebe“, ferner darüber, daß für die Verbesserung und Instandhaltung der Wasserstraßen nicht genügende Mittel jetzt mehr aufgewendet werden, daß ferner das Project der Canalverbindung zwischen Elbe und Weser gestockt sei und endlich, daß die Ausführung einer Eisenbahnverbindung mit Hameln noch nicht weiter vorgerückt sei. Nun diese Herren schelten sich doch nicht beschwerten — das, worüber sie sich beklagen, ist nur die nothwendige Consequenz der von ihnen herbeigeführten und zum Theil auch herbeigeführten Zustände.

Wie es sonst in Hannover steht, erhebt aus nachstehender Zeitungsnotiz: „Hildesheim, 2. Okt. Von der Strafkammer unsres Obergerichts wurde heute die 19 Jahre alte Dienstmagd Marianne Bertram aus Ohrbergen wegen Majestätsbeleidigung und der Beleidigung eines Gensdarmen, eines Mitglieds der bewaffneten Macht, während der Ausübung seines Dienstes zu 2 Monaten Gefängniß und 10 Thlr. Geldbuße, resp. 8 Tagen Gefängniß, und der 16 Jahre alte Dienstknecht Heinrich Blakmann aus Köfing, bereits wegen Majestätsbeleidigung mit 3 Monaten Gefängniß bestraft (!), wegen letzterem Vergehen zu 10 Thlr. Geldbuße, resp. 8 Tagen Gefängniß verurtheilt. Beide dienten in Sarstedt, riefen hinter dem Rücken des Gensdarm Bolant „Kukul“, und Erstere sang außerdem das hannoversche Lied.“

Ein „Großstaat“, der vor Dienstmädchen und Knaben stüßert! Noch nicht dagewesen.

Um gerecht zu sein, müssen wir übrigens das Wunder vermelden, daß in Hannover jüngst ein wegen Majestätsbeleidigung Angeklagter freigesprochen worden ist! Auch noch nicht dagewesen.

In Mainz verhaftete eine preussische Schildwache einen Knaben von 8 Jahren, der in den Kommandanturgarten gestiegen war. Es gibt einen Auslauf, und der Knabe entweicht. Die Schildwache versäumt, es von ihren Waffen Gebrauch zu machen, d. h. einen oder mehrere Unbewaffnete tod oder zu Krüppeln zu schießen, und wird deshalb „streng bestraft!“ Daß vor Kurzem eine preussische Schildwache ebenfalls einen Mann tödtlich verwundete, und daß dieser, schon während, von der Patrouille schändlich mißhandelt wurde, haben wir seiner Zeit gemeldet. Und da wundert man sich, daß das Wort „Preuße“ in Mainz ein Schimpfwort ist!

Die südwestdeutsche Militärconferenz in München ist glücklich beendigt, und in Berlin ist man mit dem Resultat zu-

frieden — ein Beweis, daß das deutsche Volk Ursache hat, unzufrieden zu sein.

Auch in Baden wird die Preußenkrankheit homöopathisch kurirt. Der General und Kriegsminister Beyer (ein Preuße) hat die badischen Offiziere so gründlich geheilt, daß der Bruder des Großherzogs sein Commando niedergelegt hat, und eine Offiziers-Strike zu erwarten steht.

Die Ministerkrise in Oesterreich dauert fort. Man hat noch keinen Nachfolger für den Grafen Auersberg gefunden, wohl aber den Statthalter von Böhmen, Freiherr von Kellersberg, abgesetzt, der sich unliebsam über einen der „Bürgerminister“ geäußert hatte. Gleichzeitig hat man den Ausnahmezustand (dem Belagerungszustand ähnlich wie ein Ei dem andern) in Prag verhängt. So weit hätte es also glücklich die Schwäche und Planlosigkeit gebracht. Es ist wahr, die Czechen trieben es ein Bißchen arg, aber, abgesehen von den Fehlern der Regierung und auswärtigen Hekereien, war daran wesentlich die kolossale Feigheit der deutschen Bevölkerung schuld, die, obgleich der Zahl nach den Czechen fast gleich, sich von ihnen terrorisiren ließ. Hätten unsere Landsleute den czechischen Huteintreibern ein paar Trachten tüchtiger deutscher Hiebe verabreicht, so wären dieselben sicher zur Vernunft gekommen.

Die österreichischen Speziallandtage sind nun sämtlich geschlossen. Erreicht wurde in praktischer Beziehung wenig, wohl aber wesentlich zur Klärung der Lage und zur Erkenntniß der ungeheuren Schwierigkeiten beigetragen, die sich der „Neugeburt“ Oesterreichs entgegenstürmen.

Nach den neuesten Berichten ist ein Russe in die Verschwörung gegen den Sultan verwickelt; und was die Sache noch verdächtiger macht, der russische Gesandte hat seine Freilassung gefordert.

In Indien ein Grenzkrieg gegen die Engländer, wahrscheinlich von den Russen angepöckelt; in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ein Indianerkrieg, der wohl der letzte sein wird. Auch bei den Wahlen in Pennsylvania, Ohio und Indiana haben die Republikaner gesiegt; damit ist die Anfangs November stattfindende Präsidentenwahl als zu Gunsten Grants entschieden zu betrachten.

Der außergewöhnliche Ernst, womit die englische und speziell die Londoner Presse die Internationale Arbeiterassoziation und ihren Brüsseler Congreß behandelt — (die „Times“ allein hat darüber 4 Leitartikel gebracht) — rief einen wahren Beistand in der deutschen Bourgeoisepresse hervor. Sie, die deutsche Presse, belehrt die englische Presse über deren Irrthum, an die Bedeutung der Internationalen Arbeiterassoziation in England zu glauben! Sie entdeckt, daß die englischen Trades' Unions, welche vermittelt der Internationalen Arbeiterassoziation den Pariser, Genfer und belgischen Arbeitern bedeutende Geldunterstützungen im Kampf gegen das Kapital zuschickten, ganz und gar nicht in Verbindung stehen mit derselben Internationalen Arbeiterassoziation!

„Angeblich stügt sich all das“, schreibt man uns aus London, „auf die Versicherung eines gewissen M. Hirsch“, den Schulze-Dehlsch eigens zum Behuf solchen Standals nach England schickte. M. Hirsch sagt's und M. Hirsch ist ein ehrenwerther Mann! Ehrenhirsch stößte den Unionisten (Mit-

*) Dr. Max Hirsch, der „berühmte“ Nationalökonom der Dunder'schen „Volkszeitung“ ist damit gemeint. In London scheint man vor seiner Entdeckungseise in die ihm unbekanntesten Regionen Englands keine Abnung von der Existenz dieses neuesten Gesellschaftsretters gehabt zu haben.

gliedern der Trades' Unions, Gewerksgenossenschaften) in London Verdacht ein, weil kein Einführungsschreiben von Seiten der Internationalen Arbeiterassoziation besaß. Er wurde einfach gefesselt. Kein Wunder daher, daß der Hirsch Böcke schießt! Hätte man ihn auch nur ernsthaft genommen, so konnte man ihn ohne besondere Vertrauensgenenigkeit mittheilen, was alle Welt in London weiß, nämlich, daß der allgemeine Rath der Trades' Unions, der zu London residirt, aus 6 bis 7 Personen besteht, wovon drei, Odger (Sekretär des allgemeinen Rathes und Delegirter der Schuhmacher), R. Applegarth (Delegirter der vereinigten Zimmerleute und Tischler) und Howell (Delegirter der Maurer und Sekretär der Reformligue) zugleich Mitglieder des Generalrathes der Internationalen Arbeiterassoziation sind. Er hätte ferner erfahren, daß die übrigen affiliirten Trades' Unions (in London allein ungefähr 50, abgesehen von den provinziellen Trades' Unions) durch weitere fünf Mitglieder, nämlich durch R. Shaw, Buckley, Cohn, Hales und Maurice, im Generalrath der Internationalen Arbeiterassoziation vertreten sind, außerdem aber jede Union das Recht und die Gewohnheit hat, für besondere Angelegenheiten Delegirte an den Generalrath zu schicken. Es sind ferner, von englischer Seite, im Generalrath der Internationalen Arbeiterassoziation vertreten:

Kooperativgesellschaften, welche 3 Delegirte zum Brüsseler Congreß schickten, durch Wm. Weston und Williams;

die Reformligue durch Dell, Cowell Stepney und Lucraft, alle drei auch Mitglieder der Exekutivkommission der Reformligue;

die National-Reform-Association, eine Stiftung des verstorbenen Agitators Bronterre O'Brien, durch ihren Präsidenten A. G. Walton und Milner;

endlich die atheistische Volksagitation durch ihre berühmte Rednerin Mrs. Harriet Law und Hrn. Copeland.

Man sieht, es existirt keine, irgendwie bedeutende Bewegungspartei des britischen Proletariats, die nicht direkt, durch ihre eigenen Führer, im Schooße des Generalrathes der Internationalen Arbeiterassoziation vertreten wäre. Endlich ist der „Beehive“, unter George Potter's Leitung, das offizielle Organ der englischen Trades' Unions, zugleich das offizielle Organ des Generalrathes der Internationalen Arbeiterassoziation, über dessen Sitzungen er wöchentlich Bericht abstatet.

Die Entdeckungen von Ehrenhirsch und die darauf folgenden Jubelausschlüsse der deutschen Bourgeoispreffe lieferten ihrerseits erwünschtes Futter für den Londoner Correspondenten der „Weser-Zeitung“ und den Londoner Correspondenten der „Augsburgerin“. Diese Person — das doppelte Geschäft wird nämlich von einer und derselben Person verrichtet — haust, aus ihr selbst am besten bekannten Gründen, mehrere Stunden von London entfernt, in einem abgelegenen Winkel. Hier macht sie ihre verschämten Auszüge aus „Times“, „Morning Star“ und „Saturday Review“ mit einer ästhetischen Fischsauce für den Geschmack ihres Publikums zurecht. Von Zeit zu Zeit, wie im vorliegenden Fall, laut sie auch den Kohl der deutschen Zeitungen unter dem falschen Datum in der „Weser-Zeitung“ und „Augsburgerin“ wieder. Besagter Correspondent der „Weser-Zeitung“ und „Augsburgerin“ ist Niemand anders als der berühmte literarische Lumpenproletarier — Elard Biskamp. Seit lange von jedem anständigen Umgang ausgeschlossen, sucht der Unglückliche in gebranntem Wasser Stillung der Herzwunden, die Preußen ihm schlug durch die Annexion seines Vaterlandes Kurhessen und seines Freundes Edgar Bauer.“

Der von der ausgeschiedenen Minorität des Berliner Arbeitervereins gegründete demokratische Arbeiterverein zu Berlin hat an die Arbeiter von Berlin folgenden Aufruf erlassen:

Das provisorische Comité des neugestifteten demokratischen Arbeitervereins ladet Euch ein, demselben beizutreten.

Der Schutz, die Hebung und die politische und soziale Befreiung der arbeitenden Klasse ist Zweck und Ziel unseres Vereins.

Ein brüderliches Band der Einheit verbindet uns mit der Arbeiterpartei anderer Städte und Länder.

Diese Einheit stellen wir dadurch her, daß wir das politische-soziale Programm, welches der fünfte Vereinstag deutscher Arbeitervereine zu Nürnberg am 6. September d. J. angenommen hat, als das Unsere anerkennen, und uns einvernehmlich erklären mit den am 20. September d. J. zu Stuttgart gefaßten Beschlüssen der deutschen Volkspartei.

Im Uebrigen verwerfen wir sowohl jeden politischen als sozialen Glaubens- und Gewissenszwang, als auch die unbedingte urtheilslose Hingabe an persönliche Führerschaften. Wir gestatten unseren Mitgliedern den freien ungehinderten Austausch ihrer Meinungen. Wir wollen uns über unsere wahren Interessen aufklären und belehren, aber nicht einander tyrannisiren und majorisiren.

Alle Arbeiter, die sich von einer einseitigen sozialen Richtung, von einem künstlich hervorgerufenen, oft absichtlich gepflegten Korps- und Kastengeist losmachen wollen, sind uns willkommen. Wir hoffen, an ihnen treue Mitarbeiter zu gewinnen.

Nichtarbeiter, welche sich zu unseren Prinzipien bekennen, sind uns herzlich willkommen: Wir wollen die vielfachen Zweige der Arbeit im engeren und weiteren Sinne des Wortes verbinden und jede Sonderstellung beseitigen.

Arbeiter von Berlin! vereinigt Euch mit uns, und wir vereinigen uns mit den Arbeitern aller Länder!

Berlin, 11. Oktober 1868.

Das prov. Comité: Skladanowski. W. Eichhoff. Haverkamp.

Die Beschlüsse des Nürnberger Arbeitertages haben unter den Arbeitern und allen sonstigen Demokraten Deutschlands die lebhafteste Befriedigung erregt. Das in Wien bestehende Central-Komitee der sozial-demokratischen Partei hat nach der Rückkehr seiner Delegirten aus Deutschland seine Thätigkeit mit erneuter Kraft wieder aufgenommen und beginnt mit der Agitation für Forderungen, mit welchen jeder ehrliche Liberale einverstanden sein wird. Ein am 10. Oktober erlassener Aufruf des genannten Komites ist jedenfalls ein sprechender Beweis für die verständige und tüchtige Haltung der sozial-demokratischen Partei, hinter welcher bekanntlich die große Masse der Wiener Arbeiter steht. Dieser Aufruf lautet:

„Volk von Wien! Eingedenk unserer Pflicht, für die Durchföhrung des von der sozial-demokratischen Partei aufgestellten Programms zu wirken, haben wir den Entschluß gefaßt, für die nächstliegenden Forderungen der Partei eine umfassende Agitation einzuleiten. Wir rechnen dabei auf die thätigste Unterstützung aller freisinnigen Elemente in Wien, insbesondere ersuchen wir die demokratischen Vereine in unserem Streben kräftigst zu unterstützen und auf die massenhafte Betheiligung aller liberal gesinnten Männer in unseren Parteiversammlungen hinzuwirken. Nur auf diese Weise werden wir die klerikale und feudale Reaktion mit Erfolg bekämpfen und einem demokratischen Regierungssysteme

die Wege ebnen können. Schon sind von Seiten des Schriftstellervereins „Concordia“ seitens der Arbeiter- und anderer demokratischer Vereine zur Erlangung der Pressfreiheit und des unbeschränkten Vereins- und Versammlungsrechts Schritte geschehen, doch ohne Erfolg. Wir unsererseits aber müssen, um unsern Ziele der politischen Gleichberechtigung aller Stände, verwirklicht durch die Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts, einen der Demokratie günstigen Erfolg zu erzielen, zunächst nothwendigerweise auf der Beseitigung unseres reaktionären Vereinsgesetzes und der Forderung des unumschränkten Vereins- und Versammlungsrechtes, welches uns möglich macht, die Demokratie durch ganz Oesterreich einheitlich zu organisiren, sowie ferner auf der Forderung der absoluten Pressfreiheit beharren und ihre Bewilligung mit aller Energie verlangen.“ (Wie wir nachträglich erfahren, hat die Wiener Polizei eine von dem Komite anberaumte Volksversammlung verboten! Diese Menschen sind unverbesserlich.)

In Berlin ist ein neuer Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein unter der Präsidentschaft Schweizer's gestiftet worden.

Aus der Schweiz: Hiobsposten von Ueberschwemmungen. Das Elend ist entsetzlich. Rasche Hülfe thut Noth. Wir ersuchen unsere Parteigenossen überall Sammlungen zu veranstalten, und den Ertrag an das „Centralkomite der deutschen Hülfvereine in der Schweiz“, Nauwerk, Präsident, in Zürich, zu senden.

Sozial-demokratische Republik.

Unter dieser Ueberschrift erläßt die Internationale Arbeiter-Assoziation (Sektion Genf) für die bevorstehenden Wahlen folgenden

Aufruf an das Genfer Volk.

Bürger!

Seit 22 Jahren erfreut sich das Volk von Genf unbestreitbarer und unbestrittener politischer Rechte.

Es ist an der Zeit, die Streitigkeiten der alten Parteien, die ohne ernstlichen Grund für die Bedürfnisse des Volkes, endlich zu unterlassen.

Das Wert jeder Generation ist gegen die Ungleichheit der Rechte und die Ungleichheit der Bedingungen gerichtet. Die jetzige Generation kann solchem Gesetze geschichtlichen Entwicklungsprozesses nicht entgehen, sie hat die Pflicht, die überlebten politischen und ökonomischen Vorrechte nach Maßgabe ihrer Kraft durch die Gerechtigkeit, gleich für Alle, zu erheben.

Es gehört zur Erfüllung dieser Pflicht, daß die sozial-demokratische Partei zur energischen Mitwirkung der Erwerbung folgender Reformen einladet:

Wir verlangen:

1) Die absolute Trennung von Kirche und Staat; d. h. die Abschaffung der zu Gunsten zweier anerkannten Religions-Genossenschaften bestehenden Vorrechte, und die konstitutionelle Erklärung, daß nicht nur jede religiöse, sondern überhaupt jegliche Meinung gleiche Freiheit genießen soll, und daß keine Meinung das Recht haben kann, besonders die Bürgerschaften oder Vortheile zu beanspruchen, noch sich Eingriffe in's Civil-Gebiet erlauben oder sich dem gewöhnlichen Gesetze entziehen darf.

Wir verlangen:

2) Den unentgeltlichen und pflichtschuldigen Unterricht bis zum höchsten Grade einschließlic, und zwar unentgeltlich, damit er mittelst der Unterrichts-Entschädigung Jedem ohne Ausnahme zugänglich sei, und pflichtschuldig, weil es Niemandem erlaubt sein soll, in der Unwissenheit zu verkrümmern.

Der öffentliche Unterricht entspricht in seiner gegenwärtigen Einrichtung weder den Vorschriften eines gleichen Rechtes für Alle, noch den Bedürfnissen unserer Zeit. Alle Menschen haben gleiches Recht auf moralisches und materielles Leben, und darum ist es nöthig, daß jeder Einzelne den möglichst vollständigen Unterricht genieße. Schon die Sicherheit der menschlichen Gesellschaft erheischt, daß es keine Unwissenden mehr geben soll. Bei der Leichtigkeit des Volkerverkehrs und

bei den vielfachen Beziehungen, die heutzutage den Einen mit dem Andern in Verührung bringen, muß Jeder unbedingt einen größeren Schatz von Kenntnissen sich aneignen.

An den Schulen müssen fähige und verständige Lehrer wirken, die in ihrem Gehalt so gestellt sind, daß sie keine Sorge für's tägliche Brod, wohl aber Zeit haben müssen, sich in der Kunst des Erziehens immer mehr auszubilden. Kurz, der Unterricht soll und muß grundsätzlich reformirt werden, damit er dem doppelten Zwecke entspreche, zugleich theoretisch und praktisch, zugleich wissenschaftlich und gewerbmäßig zu sein.

Wir verlangen:

3) Die Abschaffung aller direkten wie indirekten Steuern, al. Stadtzoll (octroi), Grenz Zoll (douane), Tagen u. s. f., welche sowohl die Produktion wie den Austausch belasten, mit andern Worten, welche die Arbeit, den Bodenentrag, das Gewerbe und den Handel beschweren). An Stelle alles Dieses verlangen wir eine einzige Steuer, und zwar namentlich auf das Einkommen und hauptsächlich auf die Erbschaften.

Produktion und Laus sind die Grundlage jedes geordneten gesellschaftlichen Zustandes. Ohne Arbeit und ohne Handel giebt es weder Individuen noch eine Gesellschaft. So wie man diesen oder jener Steuern auferlegt, greift man die Quelle des Ausfließens und Gedeihens der Gesamtheit an. Solcher Mißstand darf aber natürlich in einem wohl eingerichteten Staate nicht vorkommen. Es wäre mehr als ein Mißstand, es wäre ein Zustand voller Gefahren. Demnach darf nur Steuer gelegt werden, auf das Zuviel, das die Arbeit dem Kapitale verschafft hat.

Wir verlangen:

4) Die Gründung von Kreditanstalten zur Erleichterung der Ausführung des Grundsatzes der gemeinschaftlichen (kooperativen) Produktion als Hilfsmittel zur Befreiung der gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeit.

Wir verlangen,

daß jedes Mitglied des Großen Rathes für seine einschlägige Thätigkeit entschädigt werde, weil die Demokratie es erfordert, daß jedem Bürger die Möglichkeit gegeben, zu diesem Ehrenamte zu gelangen, und daß jede Leistung durch eine Gegenleistung zu entschädigen sei;

daß die Mitglieder des Staatsrathes, welche drei Wahlperioden nacheinander als solche im Amte gewesen sind, unmittelbar darauf nicht mehr wählbar seien, weil es undemokratisch wäre, wollte man immer dieselben Leute mit der Leitung der öffentlichen Geschäfte betrauen und so eine Art Erblichkeit in politischen Aemtern schaffen;

daß künftig Jeder schon mit 20 Jahren politisch wie bürgerlich großjährig sein soll, weil es eben auch nur demokratisch ist, daß der Mensch so früh als möglich selbstständig werde;

daß alle diejenigen, welche auf dem Boden der Republik geboren und erzogen worden sind, mit 20 Jahren von Rechts wegen Bürger sein sollen, weil es im Staats- wie im Gesellschafts-Interesse liegt, alle die Elemente in sich zu verschmelzen, welche die Vortheile unserer staatlichen Einrichtungen kennen gelernt haben;

daß die Schweizer aus andern Cantonen das Recht haben, auch in Gemeindeangelegenheiten zu stimmen, unter Vorbehalt, dieses Recht geeigneten Falls auf alle im Lande Ansässigen auszudehnen, weil es ein demokratischer Grundsatz ist, daß, wo gleiche Pflichten sind, auch gleiche Rechte sein sollen;

daß die Gemeindeordnung in dem Sinne der Ausdehnung der Rechte der im Generalrath versammelten Bürger verbessert werde, unter Einschränkung der Befugnisse der Gemeindepräsidenten (maires).

Wir verlangen eine Verwaltung, die mit dem öffentlichen Gelde sparsam umgehe, alle unproduktiven Ausgaben abschaffe; die Staatsschuld tilge, das Anleihe-System aufhebe, die durch gerechte Bezahlung der nützlichen Arbeit mit gutem Beispiele voranleuchte, und deren allgemeine Richtung sei, alle dem Publikum von den Behörden zu leistenden Dienste für das Volk unentgeltlich zu machen und besonders die Rechtspflege auf dieser Grundlage einzurichten, alle Vorrechte, Monopole u. s. w. abzuschaffen, kurz: uns, so weit das möglich ist,

die Freiheit in der Gleichheit

zu sichern.

Schließlich verlangen wir die Abschaffung der Todesstrafe.

Mögen sich alle Kräfte der demokratischen Jugend, alle Männer von Gerechtigkeitsfönn und Fortschrittsgeist, gleichviel, welcher Partei sie bisher angehörten, zur Verwirklichung dieses Programmes fest vereinigen.

Genf, 5. Oktober 1868.

Folgen die Unterschriften.

*) Der Telegraph hatte es für gut befunden, von dieser Forderung nur den Vordertheil ohne die folgende Erläuterung mitzutheilen und auf diese Weise den Aufruf lächerlich zu machen gesucht.

Stieberisches.

Graf, der spionirende Freund Stiebers, ist und bleibt verschwunden, wie die nachstehende wiederholte öffentliche Vorladung dieses Ehrenmannes beweist:

„Der aus Zittau gebürtige, in Geyer wohnhafte Optikus und Handelsmann Carl August Graf hat bei unterzeichnetem Gerichtsamte eine Gefängnißstrafe zu erleiden und wird, da derselbe bis jetzt nicht zu ermitteln gewesen, andurch fernermweit vorgeladen, sich binnen 3 Wochen und längstens den 5. November 1868 bei unterzeichnetem Gerichtsamte zu Verbüßung gedachter Gefängnißstrafe zu stellen. Alle Polizei- und Criminalbehörden sowie deren Organe aber werden ersucht, zc. Graf auf gegenwärtige Vorladung aufmerksam zu machen und anher zu weisen. Kirchberg, am 3. Oktober 1868. Königliches Gerichtsamt. Steinberger.“

Offenes Antwortschreiben an die Frau Gräfin von Hapsfeldt.

Frau Gräfin!

Gewohnt, gerade auf den Gegner loszugehen, schiebe ich den Strohmann bei Seite und wende mich direkt an Sie. Sie haben erfahren, daß ich den Unterzeichner des von Ihnen verfaßten Schmähartikels in Nr. 35 und 36 Ihrer „Freien Zeitung“ vor die Schranken des Gerichts geladen habe. Dort wird sich die Gelegenheit bieten, mein Verhältniß zu Ihnen in das klarste Licht zu stellen, und die Verbreiter der in jenem Artikel enthaltenen Unwahrheiten und Entstellungen gebührend zu brandmarken. Setzt nur das Nöthigste. Und sollte ich diesen oder jenen Punkt vergessen, so bitte ich Sie, mich zu entschuldigen; ich bin gerade sehr mit Arbeiten überhäuft (wie jeder andere „vermögenlose“ Proletarier lebe ich von meiner Arbeit) und kann Ihnen für diesmal nur ein paar Stunden widmen. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. — Zur Sache.

1) Es ist eine Lüge, daß ich Sie je anders, als in Ihrer öffentlichen Thätigkeit angegriffen habe. Einmal, als Ihr Privatcharakter von dem „Präsidenten der Menschheit“, Becker, mit Roth beworfen worden war, vertheidigte ich Sie sogar (es war in der Sitzung des Allgem. Deutschen Arbeitervereins vom 27. März 1865 — ich hatte bereits mit Ihnen gebrochen) — vertheidigte ich Sie mit solchem Nachdruck, daß Sie mir brieflich in den wärmsten Ausdrücken dankten. Das betr. Schreiben ist in meinem Besiz. Ihr Privatleben wird auch jetzt nicht von mir berührt werden — aus Grundsatz. Nicht wahr, Sie sind mir dankbar, daß ich an meinem Grundsatz festhalte — trotz der wahrlich sehr starken Versuchung von ihm abzuweichen?

2) Was Bogt in seinem Pamphlet: „Mein Prozeß“ von der „Schwefelbände“ zc. gesagt hat, sind Lügen, und Sie wissen, daß in der Marx'schen Schrift: „Herr Bogt“ nicht nur diese Lügen komplet nachgewiesen, sondern auch gegen Herrn Bogt und dessen Spießgesellen Anklagen begründet worden sind, auf welche diese Herren bis auf den heutigen Tag die Antwort schuldig geblieben sind.

3) Ich habe für die, damals großdeutsche und antipreußische „Augsburger Allgemeine Zeitung“ von London aus zwei Jahre lang gearbeitet. Haben Sie etwas daran auszusagen? Ich dachte doch, eines Blattes, für das Heine bis zu seinem Tode geschrieben hat, brauchte sich Niemand zu schämen.

4) In die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ trat ich ein, als Bismarck noch nicht im Ministerium war. Das

Programm konnte ich annehmen, ohne meinen Prinzipien irgend Gewalt anzuthun. Braß war mir als großdeutscher Demokrat, ja Republikaner bekannt. Als das Blatt, in das ich übrigens nur über auswärtige Politik schrieb, Organ des Grafen Bismarck wurde, löste ich mein Verhältniß. Ja, ich löste es, wurde nicht entlassen, wie Sie perfide andeuten. Im März 1865 (als Ihr treulos gewordener Becker in seinem einmaligen Anfall von Delirium Tremens die nämlichen Verdächtigungen über mich ausgoß) bezeugte mir der Redakteur der „Nordd. Allg. Ztg.“ (siehe „Berliner Reform“ vom 29. März 1865) „daß ich gegen seinen Wunsch, freiwillig und ohne Rücksicht auf die pekuniären Vortheile, die meine Stellung mir einbrachte, ausgeschieden war.“ Das Alles wußten Sie. Sie wußten überdies, daß ich meine Stellung an der „N. A. Z.“ unter Verhältnissen aufgab, die mich die größten materiellen Schwierigkeiten erwarten lassen mußten. Und dennoch diese Verdächtigung? Pfu! Das ist — gräßlich. Was Sie beiläufig vielleicht nicht wissen, ist, daß Lassalle mir noch ein Jahr nach meinem Austritte einen Vorwurf daraus machte, daß ich nicht bei der „Nordd. Allg. Ztg.“ geblieben sei. Freilich Lassalle hatte in diesen Dingen andere Ansichten, wie ich.

5) Sie behaupten, mir eine „Geldunterstützung“ von 85 Thlr. geleistet zu haben. Ich, der „Vermögenslose“ sollte wohl für Sie, die „reiche Gräfin“ 6 Wochen lang umsonst arbeiten? Es ist wahr, wir kamen nicht wegen eines bestimmten Honorars überein. Als Sie mich in meiner Wohnung überrumpelten — (denn Sie suchten mich damals auf) — erklärten Sie mir, ich — Mitglied der Schwefelbände, abwechselnd an Oesterreich und Preußen verkauft — sei Ihre letzte Hoffnung, wenn ich Ihnen nicht helfe, würden Sie sich in's Wasser stürzen, (ipsissima verba, wörtlich) — kurz, Sie spielten Ihre Rolle so gut, daß ich — lachen Sie mich nicht aus — vom tiefsten Mitgefühl erfüllt ward und mich schreute, die Geldfrage kaufmännisch zu regeln, was bei Ihnen sehr nöthig ist, wie man mir gleich darauf mittheilte, und wie ich zu meinen Schaden erfahren habe.

Glauben Sie, daß ich zu viel von Ihnen erhalten habe, so bin ich bereit mich dem Spruch Sachverständiger zu unterwerfen. Oder: wenn Sie mir die Hälfte dessen, was ich durch meine Beziehungen zu Ihnen verloren habe, ersetzen wollen, bezahle ich Ihnen, „vermögenslos“, wie ich bin, die bewußten 85 Thlr. mit Zinsen und Zinseszinsen zurück. Lohnt Sie das nicht, Frau Gräfin?

Es ist wahr, die Broschüre wurde nicht fertig; aber dies war nicht meine Schuld, sondern einzig und allein die Ihrige, indem Sie durch tausendfache Intriguen, ungerechtfertigte Zumuthungen, Krakehlereien mit Gott und der Welt die Vollendung der Arbeit unmöglich machten. Die näheren Umstände auseinanderzusetzen, würde mich hier zu weit führen. Ich will nur wiederholen, was ich Ihnen seiner Zeit in's Gesicht sagte: während der wenigen Monate meines persönlichen Verkehrs mit Ihnen bin ich mit mehr Ränken und zweideutigen Menschen und Dingen in Berührung gekommen, als während meines ganzen übrigen Lebens.

6) Freund Försterling scheint Ihnen sonderbare Dinge erzählt zu haben. Wahr ist: nach seinem gräßlichen Fiasko im Reichstag bot der arme Mensch, als er von der Rednerbühne auf seinen Platz zurückschwankte, ein solches Bild des Zammers dar, daß ich ihn — bemitleidete und ihm einige Worte des Trostes zusprach. Wir trafen uns dann später mehrmals. Daß ich ihm die Nothwendigkeit der Gründung einer Arbeiterpartei, welche die bestehenden Sekten auffaugen muß, klar zu machen suchte, ist vollkommen richtig. Ihrer Person, Frau Gräfin, wurde damals allerdings gedacht, jedoch, weit davon

entfernt, Sie ritterlich zu vertheidigen, verleugnete Freund Försterling Sie auf das Schnödeste. — Seitdem hat er sich wieder belehrt. Für Sie wird dieses Wunder nichts Geheimnißvolles haben.

7) Sie sagen, ich sei 1865 wegen „Erwerbsunfähigkeit“ nicht aus politischen Gründen, aus Berlin ausgewiesen worden. Ihre Leidenschaft ist mit Ihrem Verstand durchgegangen. Sie bedenken nicht, daß die Armuth, welche Sie mir vorwerfen, das beste Zeugniß für meine politische Ehrlichkeit ist, die Sie anzuschwärzen suchen. Ja, ich bin arm, Frau Gräfin; und ich bin so ungräßig, auf meine Armuth stolz zu sein. (Im Vorbeigehn bemerkt, trotz meiner Armuth bejahle ich meine Schulden, was Sie, trotz Ihres „Reichtums“ nicht immer thun — denken Sie an Mainz).

Hätte man mich wirklich wegen „Erwerbsunfähigkeit“ ausgewiesen, so wäre das keine Schande für mich gewesen, und die Infamie der preußischen Behörden blieb dieselbe. Aber, Frau Gräfin, haben Sie denn vergessen, daß ich nicht aus Berlin, sondern aus ganz Preußen ausgewiesen bin, daß die Ausweisung vom Ministerium bestätigt ist, und daß ich im Oktober 1866 durch Richterspruch zu dreimonatlichem Gefängniß verurtheilt wurde, wegen unbefugter Rückkehr nach erfolgter Landesverweisung? Seit wann werden „Erwerbsunfähige“ vom Ministerium des Landes verwiesen? Haben Sie vergessen, daß ich im Berliner Reichstag die Sache zur Sprache brachte, und daß keiner der anwesenden Minister meiner Anklage dadurch die Spitze abbrach, daß er der gegen mich verhängten Maaßregel den politischen Charakter abstreifte? Haben Sie vergessen, daß Herr Stieber, das Polizeigenie, die Seele des heutigen Preußens — la Prusse c'est Stieber — haben Sie vergessen, daß Stieber, den ich im vorigen Frühjahr an den Pranger zu stellen hatte, in seiner Angstanwort mit keiner Silbe meiner „Erwerbsunfähigkeit“ erwähnt? Der ist freilich klüger als Sie. —

Doch halt, da kommt mir ein sonderbarer Gedanke! Sie erinnern sich noch des oben erwähnten Briefes an mich? Sie spielen darin auf einen Verdacht an, den ich gegen Sie gehabt, der mich aber doch nicht abgehalten, Sie zu vertheidigen. Sie erinnern sich auch sicherlich noch, welchen Verdacht ich hegte? Daß ich Grund hatte anzunehmen, Sie hätten mir Gläubiger auf den Hals geheht, entweder um mich zur Flucht zu nöthigen, oder meine polizeiliche Ausweisung wegen „Erwerbsunfähigkeit“ zu veranlassen? Natürlich stellten Sie Alles in Abrede, ohne mich jedoch zu überzeugen. — Und nun Ihre Behauptung, ich sei wegen „Erwerbsunfähigkeit“ ausgewiesen worden. — Ei, Frau Gräfin, — hätten Sie wirklich bei der Polizei Schritte gethan? Nicht direkt — behüte — aber Sie kennen ja verschiedene brave Polizeileute, i. B. Goldheim (auch Stieber?) — hätten sie wirklich? — Ihre Behauptung ist: als ich im Winter nach meiner Ausweisung zur Vertheidigung eines Geschäfts heimlich nach Berlin gekommen war, wurde ich von Herrn Preuß, Ihrem und des Herrn Wagener (von Dummerwig) Vertrautem der Polizei verurtheilt — damals ohne Erfolg. —

Und nun komme ich auf den Grund unsres Bruches. Er liegt in Ihrem Bestreben, die Arbeiterbewegung Herrn v. Bismarck in die Hände zu spielen. Sie wollen „Beweise“? Das ist, wie wenn Hr. Braß „Beweise“ dafür verlangte, daß er mit Ihrer Regierung in Verbindung stehe. Leugnen Sie, daß Sie Ihre Bewunderung für Bismarck bei hundert Gelegenheiten gegen mich und Andre Ausdruck gegeben haben? Leugnen Sie, daß Sie mit Bismarck im Briefwechsel, mit Wagener in genauem Rapport gestanden haben? Leugnen Sie

daß Sie Alles aufboten, um die Arbeiter für das, damals von Herrn Wagener vorbereitete, oktroyirte allgemeine Stimmrecht zu begeistern? Leugnen Sie, daß Sie durch Ihre Agenten dieses oktroyirte Stimmrecht überall anpreisen und damit eine Propaganda für das Ministerium Bismarck machen ließen, die mich zu einer demokratischen Gegenagitation nöthigte, welche mich nothwendig in Konflikt mit der Regierung bringen mußte und schließlich meine Ausweisung aus Preußen zur Folge hatte? —

In wie weit Sie an den beklagenswerthen Irrthümern Cassalle's Schuld sind, das festzustellen bleibe dessen künftigen Biographen vorbehalten.

So viel für heute. Näheres und mehr zu geeigneter Zeit.

Zum Schluß danke ich Ihnen noch für das Eingeständniß, daß Sie den Försterling-Mende'schen Verein mit Geld unterstützen. „Von Jemand, der gleiches erstrebt, darf man Geldunterstützung annehmen,“ sagen Sie — also was Sie erstreben, erstrebt auch dieser Verein.

Sie haben viel Geld, Sie haben viel Zeit, Sie haben viel Talent zum intriguiren — ich zweifle nicht, daß Ihnen noch dann und wann ein tüchtiger Skandal (Sie haben darin ja dreißigjährige Uebung) gelingen wird; mehr aber nicht.

Und nun auf Wiedersehn — vor den Schranken des Gerichts. Sie werden doch kommen?

Leipzig, den 15. Oktbr. 1868.

W. Liebknecht.

Und jetzt noch ein Wörtchen mit Ihnen, Hr. Köthing! Wenn sie je wieder zur Vernunft kommen sollten, werden Sie mir danken, daß ich obigen Brief nicht an Sie gerichtet habe. Einem Mann, der arm ist, weil er seit 20 Jahren seine Privatinteressen seinen politischen Pflichten untergeordnet hat, seine Armuth vorwerfen, ist eine — Niederträchtigkeit, deren ich keinen Arbeiter für fähig halte. Auch Sie nicht. Doch lassen wir das. Ich wollte Ihnen bloß folgendes sagen: 1) Niemand hat je geäußert, Ihr Verein habe 10,000 Mitglieder; die Gesamtzahl der Mitglieder Ihres und des Schweizer'schen Verein's wurde von Bebel so hoch angegeben; und der Schweizer'sche Verein hatte mindestens 8000 Mitglieder. 2) Wenn Ihnen wirklich daran liegt, die Abonnentenzahl unseres Blattes kennen zu lernen, so verfügen Sie sich in dessen Expedition. 3) In der Versammlung vom 12. Sept. hat Hr. Mende länger gesprochen, als jeder andere Redner; daß man ihm eine bestimmte Frist setzte, war nothwendig, da sonst Niemand mehr zum Wort gekommen wäre. 4) In dem von Ihnen unterzeichneten „Offenen Brief“ an mich heißt es: „Wir werden Ihnen, Hr. Liebknecht, wie Ihren Anhängern in unsern Versammlungen völlige Freiheit geben, Ihre Meinung zu vertreten, Ihre Vertheidigung (!) zu führen.“ Gut, — ich nehme Sie beim Worte und mache Ihnen einen Vorschlag. Beräumen Sie in Chemnitz eine Arbeiterversammlung an; setzen Sie fest, daß ich und meine Freunde abwechselnd mit den Herren Mende, Försterling u. das Wort haben, und wir werden am Platz sein. Angenommen?

Der Ihrige

W. Liebknecht.

Weiße Sklaven.

XVI.

Dresden, 15. October.

Seit gestern Mittag befindet sich unsere Stadt in wachsender Aufregung. Durch das neue Dienstmannregulativ, welches sich auf den Nachtrag zum Gewerbegesetz stützt, nach der Ansicht unserer Gemeindevertretung aber hiernach keineswegs berechtigt ist, überdem mit Verträgen zwischen Stadt und Staat über Ausübung der Polizeipflege in Widerspruch steht, sind gegen 700 Angehörige der hier bestandenen Dienstmann- und Packträgervereine des Rechtes zur Führung von Abzeichen und uniformartiger Kleidung beraubt worden. Dieses Recht soll künftig nur autorisirten Instituten zukommen und die Autorisation nur Unternehmern ertheilt werden, die ihren Leuten einen auskömmlichen (!) Lohn von 2 Thlr. 15 Ngr. zahlen. Freilich läuft die Sache auf die Monopolisirung eines hervorragenden Mitgliedes, Herrn Geude, hinaus, der bisher allein die Sache als Unternehmer betrieb. Zwei außer ihm autorisirte frühere Vereinsdirectoren, die sich mit Hilfe des neuen Regulativs aus Geschäftsleitern zu Geschäftseigenthümern und Herren ihrer früheren Genossen aufzuschwingen suchen, sind zur Zeit noch so ziemlich Führer ohne Arme.

Aber selbst in das, in vielen Punkten die Kritik herausfordernde Regulativ würde man sich wahrscheinlich äußerlich ruhig gefügt haben, wenn nicht die Durchführung des Verbots uniformartiger Kleidung und Abzeichen in einer, theils das Gelächter, theils den Widerstand herausfordernden Weise versucht worden wäre. So wollte man den Leuten das Forttragen der von ihnen mit eigem Gelde angeschafften braunen Röcke mit Metallknöpfen, auch nach Entfernung der früheren bunten Abzeichen, nicht gestatten, mit andern Worten jetzt bei Eintritt der kalten Witterung die Leute ihres oft einzigen warmen Winterkleides berauben! Kälte und Hunger vereint — meinte vielleicht Herr Geude — würden sie schon bald zahm machen und ihm den versprochenen Preis massenhaften Zulaufs, sobald nur erst „Ordnung“ geschaffen sei, erleichtern. Ueberdem ist der Jahrmarkt in Vorbereitung, der reichliche Beschäftigung, also reichlichen Gewinn verspricht, wenn man genügend Leute hatte, und die Concurrenz freier Handarbeit theils durch Arrestirungen, theils durch Einschüchterung von der Straße vertrieben wurde. So legen sich wenigstens die Leute die Motive des gegen sie angewandten Verfahrens aus, und die begreifliche Erbitterung hierüber wendete sich dann auch consequenterweise nicht gegen den Sitz der Behörde, die man nur als ausführendes Instrument Geude'scher Dictate ansah, sondern gegen das am Altmarkt gelegene Hauptbureau des Letzteren, in welchem gestern Abend in der achten Stunde alle Fenster eingeworfen wurden. Die Polizei hatte sich um diese Zeit durch Zusammenhalten der

Handarbeiter und Parteinahme eines großen Theils des Publikums, welches die „Deposidanten“ durch improvisirte Aufträge beschäftigte (eine deutliche Kundgebung der Parteinahme der Bürger für den Arbeiterstand) von dem ungleichen Kampfe, der sich bei Arrestirungsversuchen entspann, mehr und mehr zurückgezogen. Militär trat an ihre Stelle. Cavallerie suchte, die schreiende und pfeifende Menge vor sich hertreibend, die Straßen zu säubern; Infanterieposten, an den Straßenecken aufgestellt, sollten die Bildung neuer Ansammlungen verhindern. Dieser Zweck wurde indes nur sehr unvollkommen erreicht, denn theils hinderten die schon aufgebauten Jahrmarktsbuden das umfassende Vorgehen, theils fehlte es an einem Anhalt zum Einschreiten gegen die Leuten, denen im Moment, wo man sie hätte fassen können, nichts weiter vorzuwerfen war, als daß sie sich nicht in ihrer Behausung befanden, und dies konnten, da der Tumult sich über die Hauptverkehrslinien der westlichen Altstadt erstreckte, und fortwährend völlig harmlose, heimwandelnde Passanten unabsichtlich unter die Tumultuanten gerieten, ebenso wohl Leute dieser als jener Kategorie sein. Dem Militär ist rühmend nachzusagen, daß es bei der Lösung der ihm gewordenen Aufgabe so schonend als möglich zu Werke ging und sich sichtlich mit größter Sorgfalt streng innerhalb der Grenzen des „Befehls“ hielt. Weniger rühmlich ist das Benehmen der hiesigen Presse, die, weit entfernt, der öffentlichen Stimmung Ausdruck zu geben, selbst die offenkundigen Thatsachen tot zu schweigen sucht. Keins der Abendblätter erwähnt etwas von den Conflicten, die sich seit Mittag in nächster Nähe ihrer Büreaus, auf dem Postplatze zutragen. Keins der Morgenblätter gedenkt des bereits Abends 8 Uhr stattgefundenen Einschreitens des Militärs, welches sich noch um Mitternacht mit Zerstreungsver suchen eines nach Tausenden zählenden überall zurück und auseinanderweichenden und dann wieder zusammenfließenden, beiläufig gesagt zum Theil nur schaulustigen Publikums abmühte. Der „Kurier“ hat wenigstens ein Wort für das Recht der freien Arbeit. Der privilegirte Vertreter des Liberalismus, Herr Ad. Siegel, hingegen kann seinem nationalliberalen Parteigenossen, Herrn Geude, solches Leid nicht anthun. Im Gegentheil, der im Jahre 1866 von ihm als preußenfeindlich bekämpfte und vom Civilkommissar suspendirte Polizeidirektor Regierungsrath Schwauf wird wahrscheinlich bei ihm, resp. in Berlin nun bedeutend gewonnen. Möge ihn die über die Stimmung der Dresdner Bevölkerung gegen ihn trösten!

(Unsere Londoner Correspondenz mußte zurückgestellt werden, um für obigen erst nach Schluß der Redaktion eingetroffenen Brief, dessen Veröffentlichung keinen Aufschub erleidet, Platz zu machen.)

Zur Nachricht.

Die Expedition des „Demokratischen Wochenblatts“ befindet sich jetzt Petersstraße 18, in der Wohnung des Herrn Bebel, und bitten wir alle die Expedition betr. Briefe dahin zu adressiren. Ferner zeigen wir an, daß wir uns auf wiederholte Anfragen hin entschlossen haben, Inserate aufzunehmen. Die Verbreitung des „Demokratischen Wochenblatts“ in allen Theilen Deutschlands und selbst im Ausland macht es hierzu besonders geeignet. Wir berechnen die gespaltene Petitzeile oder deren Raum zu 1 Ngr.

Verantwortlicher Redacteur: B. Liebknecht.
Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig. } Druck und Verlag: C. W. Volkraath.
Expedition: Petersstraße 18.

Hierzu eine Beilage.

Der „allgemeine deutsche Arbeitercongrès“ zu Berlin.

(Schluß.)

Am Tage der Eröffnung des Congresses, 26. September, stand der Bericht über diese Versammlung in den Berliner Zeitungen. Nichts war unter den übrigen Mitgliedern des Congresses natürlicher, als eine leicht erklärliche Gereiztheit gegen die 12 Herren Vertreter der Berliner Maschinenbauer. Die 12 Herren waren da, um eingeständenermaßen Opposition gegen den Congrés zu machen. Wie führten die 3 Herren Nichtarbeiter unter den 12 diese Opposition aus? Durch einen Protest in einer rein formellen Angelegenheit, und durch wiederholte Anträge „zur Geschäftsordnung.“ Das ebenso unwürdige als einfältige Verhalten der 3 Führer hatte zur Folge, daß die gesammten 12 Vertreter der Berliner Maschinenbauer gewaltsam entfernt wurden. Die „Staatsbürgerzeitung“ berichtet über diesen Zwischenfall:

„Nach der Eröffnungsrede wirft Herr von Schweizer die Frage auf, welches Gewicht die einzelnen Stimmen haben sollen, und schlägt vor, jedem Delegirten die Stimmzahl seiner Wähler in der wählenden Versammlung, denjenigen aber, welche Gewerkschaften oder Orte vertreten, aus denen auch nicht eine Stimme Widerspruch erhoben, die ganze Zahl der in den betreffenden Orten oder Gewerkschaften vorhandenen Arbeiter zuzusprechen. (Wird schließlich angenommen.)

„Hiergegen protestiren die Herren Blum, Dr. Max Hirsch, Weise und Andere, und es erhebt sich eine äußerst stürmische Debatte, die noch lebhafter wird, als Herr Frißche auf die von ihm nicht anständig, von Herrn Fried unverschämt genannte Art verweist, in welcher eine Versammlung von wenigen Hundert Maschinenbauern 12 Delegirte behufs der Opposition gesandt habe. Herr Schweizer, um einen Ordnungsruf gegen das Wort „unverschämt“ von Herrn Weise ersucht, meint, dieser Ruf wäre wohl in einer Versammlung von Diplomaten, aber nicht bei Arbeitern nöthig. Er könne der Meinung des betreffenden Redners nur beipflichten. Er wolle sich das vorgenommene Werk nicht durch absichtliche Störungen verderben lassen; sei auch nicht geneigt, allzuviel Milde gegen diejenigen zu üben, deren oberster Führer ihn (Schweizer) und Herrn Frißche öffentlich „Buben“ genannt habe.

„Es entsteht nun immer wachsender Lärm, die Versammlung wird vier Mal vergeblich auf 5 Minuten vertagt, Stöße erheben sich, und endlich, nach wiederholten Störungen, wird zwar Schluß der Debatte beliebt, aber wiederholte Rufe der Maschinenbauerdelegirten, zur Geschäftsordnung zu sprechen, lassen die Unruhe ärger als zuvor ausbrechen, so daß schließlich der Vorsitzende, dem inzwischen sein Amt durch Acclamation provisorisch zugesprochen ist, folgende Resolution beantragt, weil er kein anderes Mittel zur Rubestiftung findet: „Da die Versammlung zu der Erkenntniß gekommen ist, daß die betreffenden Herren (Rufe: welche?) lediglich zu dem Zwecke herbeigekommen sind, im Interesse der bestehenden Klassen die Versammlung zu stören und Uneinigkeit unter die Arbeiter zu bringen, so fordert die Versammlung dieselben auf, den Saal zu verlassen.“ Der Beschluß wird ohne weiteres angenommen, und, da die Gemeinten nicht gehen, auf Auffordern des Vorsitzenden mit Gewalt gegen die Delegirten der Maschinenbauer von Berlin in Vollzug gesetzt.“

Sehr zu bedauern ist, daß dieser Zwischenfall thatsächlich

die Folge gehabt hat, unter einem großen Theil der Berliner Maschinenbauer eine Art Corpsgeist hervorzurufen, indem sie das Herauswerfen der 12 Herren als eine von Berliner Maschinenbauern zugefügte Beleidigung auffassen.

Während dieser Vorgänge im Lokal des Congresses hatte sich Herr Dr. Kirchner aus Hildesheim im Auftrage des Herrn von Schweizer nach Potsdam zu Schulze-Delitzsch begeben, um von diesem eine Erklärung darüber zu verlangen, ob er die Aeußerung „unnütze Buben“ gethan oder nicht gethan habe? Wenn er diese Aeußerung gethan habe, zu erklären, daß er damit weder Herrn von Schweizer, noch den zweiten Vorsitzenden des Congresses, Herrn Frißche, gemeint habe. Und wenn er sie gemeint habe, sein Bedauern darüber auszusprechen und seine Aeußerung zu widerrufen, oder Herrn von Schweizer persönliche Genußthuung zu geben. Herr Schulze-Delitzsch war feig genug, Herrn Dr. Kirchner zu erklären, daß er die Herren von Schweizer und Frißche nicht gemeint habe. Dies berichtete Herr Dr. Kirchner nach seiner Rückkehr aus Potsdam, worauf sofort aus der Mitte der Versammlung ein Delegirter, der in jener Maschinenbauer-Versammlung persönlich anwesend gewesen war, Herrn Schulze-Delitzsch Lügen strafte und versicherte, daß die Worte „unnütze Buben“ dem ganzen Sinn der Schulzeschen Rede nach auf Niemand anders Bezug haben konnten, als auf die Herren Schweizer und Frißche, in diesem Sinne auch von den Maschinenbauern aufgefaßt und lebhaft beklatscht worden seien. Daraufhin gab sich der Congrés mit der Erklärung des Herrn Schulze-Delitzsch nicht zufrieden, sondern Herr Klein (Elberfeld) beantragte folgende Erklärung: „Angesichts der Thatsache, daß Herr Schulze-Delitzsch die Führer der Arbeiterpartei in öffentlicher Rede als „unnütze Buben“ bezeichnet hat, erklärt der Congrés: er findet es natürlich, daß Herr Schulze-Delitzsch, nachdem er sich für 45,000 Thlr. von den bestehenden Klassen hat erkaufen lassen, mit derjenigen Rohheit, welche bezahlten Subjekten dieser Art eigen zu sein pflegt, auf die Vertreter der Interessen der Besitzlosen schimpft.“ Dieser Antrag wurde mit allen gegen 4 Stimmen angenommen.

Von nun an verlief der Congrés in schönster Harmonie. Die Vorlagen des Herrn von Schweizer, mit welchen derselbe erst am Tage vor Eröffnung des Congresses an die Öffentlichkeit getreten war, wurden von der Delegirten-Versammlung mit geringfügigen Modifikationen und mit großer Majorität angenommen. Herrn von Schweizer war eine vollständige Ueberrumpelung aller unzufriedenen Elemente in seiner eigenen Partei gelungen. Er ging aus dem Congrés als gewählter Präsident eines in den Grundzügen bereits fix und fertigen Gewerkschafts-Verbandes hervor. Am 25. Septbr. war der Entwurf von Mustersatzungen der für ganz Deutschland zu errichtenden Gewerkschaften und des aus diesen zu bildenden Gewerkschafts-Verbandes erschienen, und drei Tage später war durch die en bloc-Annahme der Vorlage Alles beschlossene Sache: Gewerkschaften, Gewerkschafts-Verband und Präsident des Gewerkschafts-Verbandes.

Damit ist die Sache vorläufig zum Abschluß gediehen. Die Delegirten der „142,008“ Arbeiter haben ihre Aufgabe nach bestem Ermessen, mit anerkennenswerthem Eifer und im vollem Bewußtsein ihrer Pflicht erfüllt. Die Zeit muß lehren, 1) ob die große Eile der Herren von Schweizer und Frißche durch dringende Zeitumstände geboten war; 2) ob die Herren Delegirten das Richtige getroffen haben, als sie die Form fer-

tig machten, noch ehe das Material dazu vorhanden war; 3) ob die deutsche Gesamtarbeiterschaft in Nord und Süd, Ost und West die Beschlüsse des Congresses bestätigen und sich zur Aufnahme in die der obersten Leitung des Herrn von Schweizer unterworfenen Gewerkschaften drängen wird.

Ein Hannoveraner,

der in Sachsen ansässig ist, schreibt uns:

Fortwährend beschäftigen sich die preußenfreundlich gesinnten Blätter mit dem Hiezinger Hof, und beschuldigen den König Georg revolutionärer Umtriebe, während sie kein Wort des Tadels für die vor und während dem Bruderkriege von Preußen getriebene revolutionäre Politik haben. Nach Ausweis der Usedom'schen Note hat die preußische Regierung damals zu Mitteln gegriffen, welche von Jedem verdammt werden müssen. Mit einer nichtdeutschen Nation ein Bündniß abgeschlossen und Garibaldi mit seinen italienischen Alpenjägern als Stütze für die preußische Armee nach Wien geladen — das sollte ein Kampf für die nationale Sache Deutschlands sein! Wer kann es dem König von Hannover, den man aus seinem Lande vertrieben hat, übel nehmen, wenn er die Hoffnung nicht aufgibt, seine Krone wieder zu erlangen? Gedanklose Leute meinen manchmal, es sei doch ganz gut, daß einige Fürsten entfernt worden. Aber das ist ja gerade das Traurige, daß die Entthronungen des Jahres 1866 nicht einmal die Einheit gefördert, sondern im Gegentheil unsere Zerissenheit vermehrt haben. Man beschuldigte die Diplomaten von 1815, die Völker zerstückelt zu haben, nie aber ist eine größere Zerstückelung Deutschlands ausgeführt worden, als sie die Diplomaten, welche im Jahre 1866 in Prag zusammen traten, um die Richtersprüche des Kaisers von Frankreich auszuführen, vorgenommen haben. Den österreichischen Bruderschwamm, der auf den Gefilden Leipzigs für die Befreiung Deutschlands gekämpft, hat man von Deutschland ganz losgetrennt. Ob Preußen im Fall eines Krieges ohne Oesterreich und Süddeutschland mit den norddeutschen Zwangscontingenten, so glücklich sein wird, wie im Jahre 1866, steht zu bezweifeln. Daß der König von Hannover in seinem Lande sehr beliebt ist, kann nicht bezweifelt werden, allein der Haß gegen Preußen ist noch größer, als die Anhänglichkeit an das Welfenhaus. Jemand, dem man Glauben schenken kann, der kürzlich in Hannover reiste, erzählt, daß es ihm vorgekommen, als habe er dort unter lauter Bekennern des Islams gelebt, so scheinbar gleichgültig ertrügen diese Menschen ihr Geschick, so kalt und stumm stünden sie den Ereignissen gegenüber; nur selten sei ein unwillkürlicher Zornschrei zu vernehmen; doch dürfe man sich nicht täuschen, diese scheinbare Ruhe und Resignation sei der Ausdruck einer finstern Entschlossenheit, und allgemein die Ueberzeugung verbreitet, ein Krieg werde bald der preußischen Wirtschaft ein Ende machen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen kann ein Krieg wohl auch kaum ausbleiben, trotz aller offiziellen Friedensversicherungen von Berlin und Paris. Was sollte denn mit den ungeheuerlichen Mordinstrumenten, die so vieles Geld gekostet, angefangen werden, wenn sie nicht einmal in Gebrauch kämen? Den Goldschreibern, welche behaupten, der König von Hannover sei wegen seiner Blindheit nicht regierungsfähig gewesen, möchten wir aber zurufen, daß es weit schlimmer ist, wenn Gewalthaber an Taubheit leiden, wo es die Erfüllung gerechter Volkswünsche gilt.

Einladung zum Abonnement

auf das

Mainzer Journal.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Sausen.

Bestellungen auf das vierte Quartal des Mainzer Journals für 1868 bitten wir rechtzeitig zu machen.

Unser Haupt- oder Morgenblatt liefert die leitenden Artikel und Originalcorrespondenzen, sowie alle bis elf Uhr Vormittags einlaufenden telegraphischen Depeschen; die Beilage oder das Abendblatt einen vollständigen Tagesbericht mit allen bis vier Uhr Nachmittags eintreffenden Neuigkeiten.

Die Rheinischen Blätter werden unserem Abendblatt als Beilage beigegeben, sie bilden jährlich zwei starke Quartbände und liefern an Material wenigstens so viel als zehn Bände des gewöhnlichen Romanformates. Wir geben jährlich drei bis vier größere Originalromane bewährter deutscher und ausländischer Dichter, die sich bis jetzt überall eines ungetheilten Beifalls zu erfreuen hatten; außerdem Literaturberichte, Bilder aus der Länder- und Völkerkunde, Denkwürdigkeiten zur Geschichte der Gegenwart und eine sehr reichhaltige Sammlung von vermischten Nachrichten.

Das Mainzer Journal mit seiner Beilage, dem Abendblatt, ist in einer starken Auflage über ganz Deutschland verbreitet, in Mainz selbst, im ganzen Großherzogthum Hessen, in Baden, am Niederrhein, in Kurhessen, Nassau und Rheinbayern gehört es zu den gelesensten Blättern. Es empfiehlt sich deshalb zu Anzeigen aller Art, die auf diesem Wege nicht bloß eine lokale, sondern allgemeine Verbreitung finden.

Das Mainzer Journal erscheint in Groß-Folio-Format und wird das einen Bogen starke Hauptblatt täglich, mit Ausnahme der Sonntage und der höchsten Feiertage, um zwölf Uhr Vormittags, das Abendblatt mit den Rheinischen Blättern um fünf Uhr Nachmittags ausgegeben. Bestellungen nehmen alle Postämter und Buchhandlungen an. Der Preis des ganzen Blattes ist hier in Mainz vierteljährig 2 fl.; auswärts mit dem üblichen Postzuschlage. Inserate aller Art werden aufgenommen und wird die vierfaltige Petitzelle oder deren Raum sehr billig mit 3 fr. berechnet. Große Lokalanzeigen liefern wir noch billiger und bitten wir die Interessenten sich deshalb mit unserer Expedition zu beehren.

Bestellungen auf das Mainzer Journal (auch für einzelne Monate) nehmen alle Postämter jederzeit entgegen.

Die Expedition des Mainzer Journals.

Sieben erschien:

A. Eichhoff's

Deutscher Arbeiterkalender

für 1869.

Inhalt: Die Arbeiterbewegung im Jahr 1867/68, historische Rundschau über das Jahr 1868, Erzählungen, Anekdoten, Vermischtes, Kalender, Notizbuch, die neuen Maße und Gewichte, die neuen Gesetze des Norddeutschen Bundes.

Preis 5 Sgr.

Arbeiter-Vereinen gewähre ich 25% Rabatt.

Die Verlagshandlung

von A. Eichhoff in Berlin
Friedrichsstr. 230.

Verantwortlicher Redacteur: B. Liebknecht.
Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig.

Druck und Verlag: C. W. Volkath.
Expedition: Petersstraße 18.